

ein gleich großes Unglück, und darum müssen dieselben vor dem Einem wie vor dem Andern bewahrt werden, und die ganze Gemeinde, in der sie leben, hat die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß solche Kinder sowohl leiblicher Pflege als geistigen Unterrichts theilhaft werden, vor physischem und moralischem Verderben geschützt werden. Auch den Zigeunerkinder muß die Schule geöffnet werden, daß sie darinnen zu Menschen gebildet werden. Es darf in keiner Gemeinde auch nur ein einziges Kind ohne Schulunterricht aufwachsen.

Es gibt aber in den meisten Gemeinden des Herrmannstädter Stuhles gewiß auch ältere Leute, welche durch den Tod ihrer natürlichen Pfleger beraubt, einsam und in Armuth zurückbleiben, auch manchen Blinden, Krüppel oder durch eigene Schuld in Noth und Elend gerathene am Ende erwerbsunfähig gewordenen Insassen. Was geschieht mit denselben? Man sie nähren sich vom Betteln. Wenn sie aber krank werden oder gar sterben? Wer pflegt sie, wer bestreitet die Kosten ihrer Beerdigung? — Das soll der Armenfond jeglicher Gemeinde thun! Wo ist aber dieser Armenfond? Es soll zwar ein solcher Fond in jeder Gemeinde bestehen und seine gesetzlich bestimmten Einnahmen haben; aber so oft man sich auch noch demselben erkundigt und eine Unterführung aus demselben in Anspruch nehmen will, heißt es: ja, er ist ganz leer! Er muß also wohl einem botenlosen Sacke gleichen und die böse Welt meint fogar, daß seine Einnahmen in dem dürstigen Schlande derer verschwinden, welche dieselben zu verwalten hätten. So viel wenigstens soll sicher sein, daß eine ordnungsmäßige Rechnung über Einnahmen und Ausgaben des Gemeinde-Armenfondes nicht vorzukommen pflege.

Es ist dies aber in unseren Gemeinden ein höchst trauriger Mangel, daß es weder eine kirchliche, noch eine politische Armenpflege gibt, ja daß sogar der Sinn für dieselbe fast ganz erloschen zu sein scheint. Die Folgen dieses Mangels treten mitunter in wahrhaft erschütternder Weise zu Tage. Es sind wirkliche Fälle, die wir hier erwähnen, daß manches arme, alte Gemeindeglied während des Winters in einer Schانه, in einem ungeheizten Zimmer, in einer nahe an dem Dorf gelegenen Höhle geflohen ist, aller Pflege baar, ohne daß ein einziger Strahl der Liebe in seine letzte Stunde gefallen. Es wird gewiß noch gar manches Ähnliche auch in andern Gemeinden geschehen sein, das sogar ganz unbeachtet vorübergegangen ist. Dürfen aber solche traurige Erscheinungen in unserem Gemeinleben geduldet werden? Ist denn der Liebeshaß in unseren Stuhlgemeinden und der Gemein Sinn gar so gering, daß sie nicht einmal das kleinste Maß der Barmherzigkeit zu erfüllen geneigt sind? Wir haben mit freundlicher Ueberraschung in den Tagesblättern gelesen, daß in einigen Municipalervertretungen von ungarischen und ungarisch-romanischen Comitaten des Vaterlandes die wichtige Frage der Armenpflege zur Beratung gekommen ist. Dürfen Vertretungen mit deutlicher Majorität und Führung in Sachen der Humanität sich den Vortrang streitig machen lassen?

Schließlich hat es die Finanzmiserie des ungarischen Staates mit sich gebracht, daß die Poststellen für Arme im nahen Herrmannstädter Franz-Joseph-Spital nicht wie bisher aus dem Landesfond, sondern von den Gemeinen, in welchen sie zuständig sind, entrichtet werden müssen, da die Gemeinden aber keine Armenfonde haben, so werden nunmehr Armutsgewinne für Unbemittelte schwer ausgestellt, so daß dieselben der Wohlthat unentgeltlicher Spitalpflege verlustig werden. Thut nicht auch hierin Abhilfe dringend Noth?

Politische Uebersicht.

Herrmannstadt, 27. Januar.

In der Sonntag Abends abgehaltenen dreistündigen Konferenz der Deal-Partei, welche außerordentlich zahlreich besucht war, in der aber Lonyay abwesend war, legte Ghegyz das bekannte Exposé vor und erklärte, daß die Regierung das Deficit jedenfalls mittelst einer Steuererhöhung von dreizehn Millionen decken wolle, und ersuchte, den Bericht des Finanz-Ausschusses über das Budget als Grundlage der Specialdebatte anzunehmen. Hiedeni beantragte, das Budget dem Finanz-Ausschusse mit der Weisung, größere Ersparnisse zu erzielen, zurückzugeben. Senyey erklärte, das Budget im Allgemeinen anzunehmen, aber einige Bedenken bezüglich der Finanzpolitik im Hause vorbringen zu wollen. Wahrmann sagte, er genehmt bezüglich mehrerer Punkte Anträge zu stellen, mache aber sein zustimmendes Votum nicht von deren Annahme abhängig. Der Minister-Präsident erklärte nochmals, daß die Regierung auf der Vortagung der Steuerentwürfe bestes, und daß er auf Senyey's Bedenken, welche dieser geheimegehalten, erst seinerzeit im Hause antworten könne. Senyey verwahrte sich dagegen, daß er Schwierigkeiten bereiten wolle, da er keinerlei Ueberraschungen vorbereite, nur einige Bemerkungen zu machen gedente und jedenfalls für die Vorlagen votiren werde. — Der Minister-Präsident replicirte, er habe gar keinen Vorwurf gemacht.

Somit forderte eine Bilanz für 1877; der Finanzminister erklärte, dies sei jetzt nicht möglich und heute auch wertlos. Lipthay meint, man müsse entscheiden, ob nur von dem Erfordernisse die Rede sein dürfe. Tadassy will eine Nationalbank. Uerményi versichert, es werde keinerlei Ueberraschung geplant. Prilekly fordert ein Finanzverwaltungs-Gesetz. Schließlich acceptirt die Partei unter Ablehnung des Hiedeni'schen Antrages den Bericht des Finanz-Ausschusses als Grundlage der Special-Debatte und beschließt auf Antrag Palky's, daß alle etwa einzubringenden Anträge vor der Verhandlung gedruckt werden sollen.

In kurzer Zeit war ich zwar selbstständig und konnte frei nach meinem Ermessen handeln, aber wenn auch, war es klug, meinen Gedanken, welche auf den Wunsch hinausliefen, Elise mein zu nennen, nachzugeben? Ich fühlte, daß keine von allen den Mädchen, die ich bisher kennen gelernt hatte, ihr in meinen Augen gleich kam. Aber ich frag mich, wird das auch immer so bleiben? Wird sich niemals der Unterschied unserer beiderseitigen Erziehung zwischen uns drängen; wird Elise, das einfache Waldkind, sich in die Stellung finden können, die sie später als meine Gattin einnehmen würde, und wird sie glücklich darin sein, und wenn sie es nicht wäre, was dann? (Fortsetzung folgt.)

Notizen.

(Diebstahl beim Prinzen Karl von Preußen.) Das Polizeipräsidium in Berlin verleiht folgende Anzeige: „Am 8. d. M., Nachmittags, sind im Palais Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Karl von Preußen zu Berlin folgende Werthsachen gestohlen worden: eine goldene Tabatiere mit Damenporzellan, Smaltband, Diamanten, eine goldene Halskette, ein großes Medaillon mit einem Auzer von kleinen Rubinen, Perlen und ein Ring.“ Es folgt dann die Beschreibung mehrerer Medaillons, Broschen und Öhringe, worauf es heißt: „Dreihundert Mark Belohnung werden demjenigen zugesichert, welcher die Ermittlung des Täters und Verhaftung des gestohlenen Gutes bewirkt.“

(Wallzüge.) Man schreibt aus Riga: Die Bevölkerung unserer guten Stadt hat dieser Tage ein originelles Schauspiel zu sehen bekommen. Es war auf dem Mastenballe, der am Spelvetage des eben abgelaufenen Jahres in dem besten Stadtheater veranstaltet wurde. Die sehr zahlreiche Gesellschaft wollte lustig hin und her, als plötzlich Alles ernstig ausanderberst. Es waren Schiffe geflohen und früher Pulverrauch erfüllte den Saal. Der Vorfall erklärte sich folgendermaßen: Zwei Herren unter den Gästen, B. und K., die von tödtlichem Hasse gegen einander erfüllt waren, trafen sich zufällig in dem Gewirre der Masten. Anfangs maßten sie sich mit wüthenden Blicden, dann zogen sie Revolver und schossen wacker aufeinander los. Zum Glück wurden sie rasch arreirt.

Ueber das Auftreten des Barons Senyey in der Konferenz der Deal-Partei äußert sich „Pesti Napló“ folgendermaßen:

Viele betrachten die Erklärung des Barons Senyey als Kriegserklärung; — die nächste Rede des Barons Senyey, welche zu erwarten steht, wird zeigen, ob diese Interpretation richtig sei. Ist die Erklärung in der That eine Kriegserklärung gegen die Regierung, dann ist die Fassung derselben ohne Zweifel nicht die glücklichste, denn sie schien sich ebenso gegen die Deal-Partei als gegen die Regierung zu richten, und das schien auch Baron Senyey selbst zu fühlen, welcher es für notwendig fand, sich in seiner zweiten Rede gegen diese nicht unberechtigte Interpretation zu vernehmen.

Ueber denselben Gegenstand schreibt „Közérdel“:

Senyey bejaht und bejaht noch viele persönliche Verehrer in der Deal-Partei und diese wurden durch sein jüngstes Auftreten sehr unangenehm enttäuscht. Es steht vollkommen frei und ist berechtigt, daß Jemand der Regierung gegenüber einen divergirenden Standpunkt einnimmt, aber insofern Jemand Mitglied einer Partei ist, welcher eine Regierung angehört, so ist, wenn er betreffs des Vorgehens dieser Regierung Besorgnisse hegt, das erste Forum, vor welchem er die Geltendmachung derselben versuchen muß — die Partei selbst. Was Bittó, Ghegyz und Graf Váchy in dieser Beziehung vortrachten, war vollständig correct, und der leidenschaftliche Ton, in welchem Senyey diese Bemerkungen (welche der vollkommen richtigen Auffassung der Parteistellung entgegenwies), „zurückwies“, trug eher den Charakter der persönlichen Antipathie, als des Eifers für die Sache an sich. Das jüngste Auftreten und die Haltung des Barons Senyey machte auf uns den Eindruck, daß die Deal-Partei auf ihn nicht zählen kann, und daß Senyey selbst die Deal-Partei nicht als den Factor betrachtet, durch welchen er seine Aspirationen verwirklichen könnte.

Se. Majestät traf am 24. d. früh wohlbehalten in Wien ein und konferirte Vormittags mit einigen Ministern. Mittags fand ein Minister-rath von längerer Dauer unter Vorsitz des Fürsten Auersperg statt, welcher der Erledigung einer Anzahl administrativer Angelegenheiten gewidmet war.

Am 25. d. hielten beide Häuser des österreichischen Reichsrathes Sitzung. Im Herrenhause erstattete Ritter v. Arctich Bericht über Abänderungen der Geschäftsordnung. Im Abgeordnetenhause wurde die Beratung über den Bericht wegen Ausbaues der Pönte-Bahn begonnen, nachdem ein Vertheilungsantrag des Abgeordneten Vitezich abgelehnt worden war.

In einem Londoner Telegramme vom 21. Januar, welches in einem hiesigen Blatte veröffentlicht wird, erklären englische Journale die continentale Nachricht für abgeschlossen, dergestalt die Königin Victoria für ein Alleehen Eugeniens und Paul's Garantie geleistet haben sollte. Es handle sich nur um Vergleichs-Angebote jener Gelddarleiber, welche dem tiefergeschuldeten Prinzen von Wales Credit gewährt haben. Welche Blätter jenes Dementi enthalten, wird nicht gesagt. — Die vorliegenden Londoner Hauptorgane vom 21. und 22. d. M. enthalten sich bisher jeder Äußerung.

Der Duc de Padoue (Bonapartist) tritt im Departement Seine-et-Oise als Candidat auf und sagt in seinem diesbezüglichen an die Wähler gerichteten Wahlaufrufe, daß er die dem Marschall Mac Mahon übertragenen Gewalten achten, aber nach deren Erlöschen für die Nation das Recht zurückfordern werde, über die Regierungsform zu entscheiden. — Die Umke ist in Betreff des Senatsgesetzes getheilte Meinung, beschloß jedoch, für die zweite Lesung desselben zu stimmen. — Wie aus guter Quelle verlautet, wird Thiers bei der zweiten Lesung des Constitutions-Gesetzes das Wort ergreifen. Seine Rede wird die ganze Sitzung ausfüllen.

Ein Projekt Minghetti's betrifft den Abschluß eines Uebereinkommens mit der Tabakregie, welche die im Jahre 1875/76 verfallenden zwei Serien von Obligationen für Rechnung der Regierung amortisiren und dafür neue Obligationen mit der Verfallszeit 1882/83 erhalten soll. Diese Operation ist jöhin eine Prolongation der Rückzahlung jener 100 Millionen, welche die Tabakregie der Regierung vorzutrachte. — Die Generalversammlung der Tabakregie wird am 27. d. M. zusammengetreten, um über diesen Vorschlag zu verathen.

In militärischen Kreisen wird versichert, König Alfonso werde die zu den Carlisten übergetretenen Offiziere, mit Ausnahme der Angesichts des Feindes desertirten, amnestiren. — Der Herzog von Sevilla hat sich der Sache des Königs Alfonso angeschlossen. — Durch königliche Dekrete werden die Ritterorden, die Hidalgos, sowie die Edelleitung der präconisirten Prälaten wieder hergestellt und die Erneuerung der Generalräthe und der Municipalitäten angeordnet, deren Präsidenten, beziehungsweise Mayres, die Regierung ernennen wird.

In einer an die Bewohner Biscayas und Navarras gerichteten Ansprache sagte König Alfonso, er wüßte lebhaft den Frieden. Er habe den Thron bestiegen, wie er es wollte, ohne Unterzulegen. Wenn ihr das Terrain streitig macht, so wird notwendigerweise gekämpft werden. Wenn ihr für den monarchischen Glauben kämpft, so bin ich der Vertreter der Dynastie; wenn für den katholischen Glauben, so bin ich katholischer König. Ich werde den Ungerechtigkeiten gegen die Kirche abhelfen. Ich bin und werde constitutioneller König sein. Ich biete den Frieden an, und ihr werdet Freiheit und Wohlstand wiederfinden.“ In einer Ansprache an die Arme verlangt der König Selbstverleugnung und Energie, nicht für den Ruhm, sondern für den Frieden. „Unsere Gegner sind Spanier. Wenn sie meine Worte verkennen, werden wir kämpfen. Gott wird Jene beschützen, die den Frieden wollen und nicht gegen das Vaterland kämpfen.“

Der Vatican legt fortwährend die vortrefflichsten Gefinnungen gegenüber Spanien an den Tag. Ganz das Gleiche gilt auch von Rußland. Die Regierung, von dem Wunsche befeht, Deutschland in der Angelegenheit der Witzig-Gestaltung zu bieten, hat einen Special-Commissar nach Zaruz abgeschickt, um vorseht über den Ueberfall der Carlisen Erkundigungen einzuziehen.

Am Samstag überreichte der spanische Gesandte im Londoner auswärtigen Amte ein eigenhändiges Schreiben Alfonso's, in welchem er seine Thronbestätigung ankündigt und die Absicht einer Förderung verfassungsmäßiger, bürgerlicher und religiöser Freiheit in Spanien ausgeprochen wird. — Die Zusammenkunft von Parlamentenmitgliedern der liberalen Partei, behufs Führerwahl, ist auf den 4. Februar verschoben.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Budapest, 25. Januar. Die Gestaltung unserer Parlaments-Verhandlung ist geradezu unberechenbar. Das zeigte sich wieder einmal auch heute. Es war eine Sitzung anberaumt worden mit ausgeprochenem Zwecke, die dritte Lesung der Vorlage über die erweiterte Steuerfreiheit für hauptsächlichste Bauten vorzunehmen und im Uebrigen den Abgeordneten Wege zu lassen, sich zu der übermorgen beginnenden Budgetdebatte gehörig vorzubereiten. Und doch entwickelte sich unversehens eine hoch interessante und pitante Episode.

Nach Bekanntgabe der Einläufe und Einreichung der Privatpetitionen und nachdem Bakes eine belanglose Interpellation wegen Wählendämme in Siebenbürgen eingebracht hatte, erhob sich Csernátóy mit bedeutungsvoller Miene und auf ein Zeitungsblatt weisend, welches er in der Hand hielt. Die Abgeordneten ließen den gemüthlichen lärmenden Plausch, dem sie sich bis dahin gemüthlich hingeeben hatten, fallen und der

Ministerpräsident, der bis dahin in einer rückwärtigen Bank mit einigen Abgeordneten konversirte hatte, begab sich auf seinen Platz. Nun erklärte Csernátóy, er werde eine Interpellation an die Regierung richten und diese Interpellation betreffe die D i s t a n z.

Die Opposition — beginnt Csernátóy — und namentlich die oppositionellen Blätter haben bekanntlich wiederholt und eifrigst darauf gedrungen, daß diese unglückliche Affaire, welche den Kredit Ungarns untergräbt, gerichtlich endlich gelöst und ausgetragen werde. Das Haus hat Kommissionen entsandt, es liegen auch bereits umfassende Elaborate vor, aber trotzdem sei noch immer nicht abzusehen, wann endlich ein Ergebnis erzielt werden soll. Eigentümlich und räthselhaft genug behandelte gerade ein als Leiborgan des Ministerpräsidenten geltendes und, wie man sagt, von ihm gegründet und mit luxuriösem Aufwande in's Leben gerufenes Tagblatt die ganze Eisenbahnpolitik und speziell die Distanzfrage in einer Weise, als wären gerade die Männer dieses Blattes am unschuldigsten an der aktuellen Lage. Ja, das genannte Blatt bringt die Angelegenheit mit dem Prozeß Ofenheim in Verbindung.

Und nun verliest Redner die Hauptstellen des Leitartikels der vor-gestrichen Nummer des „Közérdel“ und hebt namentlich eine Stelle hervor, in welcher das Vorgehen des Parlamentes in der Distanzfrage einer äußerst scharfen Kritik unterzogen wird. In diesem höhnischen Tone spricht ein Blatt — ruft Redner erregt — von uns, dessen Patrone das Unheil zum größten Theile verschuldet haben! — Und in dem Prozeß Ofenheim — fährt Redner fort — wird auf Ungarn öffentlich als auf ein Land hingewiesen, wo man mit „Provisionen“ hantiren muß, wenn man ein Geschäft machen will und das Leiborgan des Ministerpräsidenten erzählt uns das mit behaglicher Ausführllichkeit. Da erfordere es denn doch die Ehre der Nation, daß ungefümmt Etwas gethan werde. Und nun verliest Redner seine Interpellation. Dieselbe lautet wie folgt: „In Anbetracht dessen, daß die Distanzangelegenheit fortwährend die Ehre des Landes schädigt;

daß jetzt auch das als Organ des Ministerpräsidenten im Hause stehende „Közérdel“ verlangt, der öffentliche Ankläger sei anzuweisen, die fopstipieligen Schlechtigkeiten nach den Verdiensten der Betreffenden zu klassifiziren,

frage ich den Ministerpräsidenten: Hat er Kenntniß davon, daß „Közérdel“, welches im Hause steht, sein intimstes Organ zu sein, das Vorgehen des Abgeordnetenhauses so darstellt, wie Verdeckung und Schonung der Schuldigen?

„Was gedenkt die Regierung zu thun zur Tilgung der Schande, wegen welcher Ungarn gezwungen ist, Millionen zu zahlen und stets vor der ganzen Welt zu erröthen?“

Der Ministerpräsident erhob sich sofort und erwidert folgendes:

Dem Herrn Abgeordneten Csernátóy beliebt es, das Journal „Közérdel“ mit meiner Person in Verbindung zu bringen. Vor Allem bin ich gezwungen, hinsichtlich dieses Umstandes zu erklären, daß ich das Journal „Közérdel“ weder gegründet habe, noch zu demselben in irgend welcher näheren Beziehung stehe, als zu welchem anderen Blatte immer. Ich will und werde stets das verantworten, was ich sage, was ich thue, oder was ich verabsäume, aber für einen Zeitungsartikel — mag derselbe in welchem Blatte immer erscheinen — wollen Sie mich nicht verantwortlich machen. (Zustimmung rechts.)

Was die Frage selbst betrifft, was die Regierung behufs dessen zu thun gedenkt, damit die Distanz-Angelegenheit aufhöre, künftighin ein Stein des Anstoßes zu sein, erkläre ich, daß es nicht an der Regierung lag und auch ferner nicht an ihr liegen wird, das das Abgeordnetenhaus, sobald die jetzt zur Verhandlung angelegten finanziellen Vorlagen erledigt sein werden, den auf die Distanz-Affaire bezüglichen Kollektivbericht der Eisenbahn- und Finanzkommission nicht sofort in Verhandlung ziehe. Das geehrte Haus wird jöhin Gelegenheit haben, den Standpunkt einzunehmen, welcher demselben in Folge seines Wirkungskreises gebührt, und ich kann meinerseits dem Herrn Abgeordneten versichern, daß die Regierung Alles anwenden wird, um das, was in dieser Angelegenheit dunkel ist, aufzuklären, was auf den Staatscredit und im Allgemeinen auf unsern finanziellen Credit schädlich einwirken könnte, abzuwenden, und wenn es in dieser Affaire Schuldige gibt, dieselben zu ermitteln und ihrer verdienten Strafe zuzuführen.

Diese Antwort machte sichtlich einen günstigen Eindruck auf die Majorität. — Nun erhob sich Csernátóy zur Replik: „Közérdel“ sei Anfangs, zumal es auf seinem Bein und mit Goldrand erschien, als Organ Andráj's betrachtet worden. Doch dieser habe die betreffenden Behauptungen desavouirt, und Andráj müsse man glauben. Da der Ministerpräsident nun das genannte Blatt auch seinerseits verleugnet, so muß wohl auch diese Erklärung ohne Weiteres zur Kenntniß genommen werden. Doch versichert Redner — und auch er lüge nie — daß ihm Kollegen von der Rechten sagten, „Közérdel“ sei vom Ministerpräsidenten und mehreren realistischen „Herren“ gegründet worden. Bezüglich desjenigen Theiles der Antwort des Ministerpräsidenten, der sich auf die Distanz bezieht, kann Redner nicht umhin, zuwörderst sein Erstaunen darüber auszudrücken, daß der Ministerpräsident auch die durchaus richtigen und wahren Bemerkungen des „Közérdel“ gleichsam entkräftet von sich ablehne. Auch hat Redner kein Vertrauen zu den Verheißungen der Regierung, indesten nimmt er, da er sich nicht anders zu helfen weiß, auch diesen Theil der Antwort vorläufig zur Kenntniß.

Nun erhob sich Bittó nochmals und erklärte auf Ehrenwort, von der Echtheit des Artikels im „Közérdel“ erst heute Kenntniß erlangt zu haben. Er mochte über den Inhalt des Artikels keine Ansicht abgeben, weil er nicht den Beschluß des Hauses vorgereifen wollte, vor dessen Forum die ganze Angelegenheit gelangen muß.

Sodann nahm das Haus die Antwort zur Kenntniß. Auch Csernátóy und noch einige Mitglieder des linken Centrums erhoben sich für die Kenntnißnahme, während die übrigen Oppositionellen sitzen blieben. Hierauf erhob sich Korizmics und gab als Präsident des Eisenbahnausschusses die Erklärung ab, wenn die Mitglieder des Finanz- und des Eisenbahnausschusses nicht mehr mit dem Budget oder in der Steuerkommission beschäftigt seien, werde der Bericht des in der Distanz-Angelegenheit entsendeten Subcomités ungefümmt in Verhandlung genommen werden.

Graf Anton Forgách aber gab im Interesse des Staatskredits und der nationalen Reputation die entschiedene Erklärung ab, daß bei der Rajchau-Oberberger Eisenbahngesellschaft Niemand eine Provision erhalten habe, sondern ein Nachlaß nur zu Gunsten der Gesellschaft erlangt wurde. Nun erst konnte der Gegenstand der Tagesordnung, die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Steuerfreiheit für hauptsächlichste Bauten, erledigt werden.

Das Oberhaus hat in seiner heutigen Sitzung die vom Abgeordnetenhaus am Katastergesetz-Entwurfe vorgenommenen Modifikationen, und zwar von S. 1—17 verhandelt. Ferner wurden der im Abgeordnetenhaus erledigte Gesetzentwurf über die Steuerfreiheit der Neubauten und der Bericht des Schlußrechnungs-Ausschusses dem Finanz-Ausschusse zugewiesen, damit derselbe über den Modus der Verhandlung einen Antrag stelle.

Zu Land.

Budapest, 25. Januar. Gestern war Minister-rath, der über zwei Stunden dauerte. Die Haltung des Kabinetes in der bevorstehenden Budgetdebatte wurde besprochen und festgestellt. Kommunika-

tionssminister Böhmen.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich. Der Finanzgen — wie „Közérdel“ gerichtet, die Steuern gesetzlich.

Local.

(Uebungs-) 8 Uhr Morgens zu ein ausgerückt und manövriert. Um 11 Uhr wieder hier ein.

(Wie wir hören) Kreisen Ansehen genießen. Erziehung eines Zwangs-unsererseits halten diese daß die betreffenden Herr werden, wenn sie an e Gestalten, darunter ver richtigen wollten, welche Ansehen stellen, man m anbern Unterhand haben einige Kreuzer haben, am zahlen zu können, am n dem Müßiggange, Bettel ein Nachquartier auf der zu erbetteln.

Man könnte aber Nachquartier durch Gasse das wäre aber ein Zwang gedrehten Stricke; die U rogare „im Freien“ verb Fenster hinausgeworfen einem wirklichen Zwangs nährungsweise zu ermögl — Musikvere d. M. stattfindenden M Samstag den 30. d. M. Vereinsgebäude ausgegeben.

rückwärtigen Bank auf seinen Platz an die Regierung... und namentlich die Kredit Ungarns... Das Haus... wohn endlich ein... bühelhaft genug... dem Aufwande in's... und speziell die... dieses Blattes... bringt... der vor... eine Stelle hervor... einer... Dome... Patrone... als... hantieren muß... der Minister... Das erfordert... was gehen werde... lautet wie folgt:... fortwährend... im Auge steht... wohnenhaus so... der Schande... zahlen und stets... und erwidert... das Journal... Vor Allem... das... in irgend... Blatte immer... was ich thue... mag derselbe... nicht verant... behufs dessen zu... künftighin ein... der Regierung... bürgerlichenhaus... vorlagen erledigt... kollektivbericht der... erhaltung siehe... Standpunkt ein... streikes gebührt... ichern, daß die... Anzulegen ist... im Allgemeinen... abzuhenden... zu erüben und... druck auf die... "Kösterde"... drand erschien... die betreffen... glauben. Da... verknüpft, mit... genommen... daß ihm... Präsidenten... Bezüglich des... sich auf die... sein Erstaunen... durchaus rich... entrüstet von... erbeihungen der... helfen weiß...

Der Finanzminister hat mit Rücksicht auf die neuen Steuervorlagen... wie "Kösterde" mittheilt... an die Finanzdirektionen einen... die Bemessung der neuen... Steuern vorläufig außer Acht lassen... die betreffenden Steuergattungen bis zu der Zeit, wo die neuen... Steuern gesetzlich in Kraft treten, pünktlich einfließen.
Der kirchenpolitische Ausschuss hat in seiner heute Nachmittags abgehaltenen Sitzung auf die vom Präses vorgelegte Frage, ob er auch während der Budgetdebatte seine Beratungen fortzusetzen gedenke, sich dahin geäußert, dies nur in dem Fall thun zu wollen, wenn die Reichstagsitzungen nicht bis 3 Uhr Nachmittags beschränkt werden; sollten sie aber bis 3 Uhr dauern, werde er sich darauf beschränken, an Sonn- und Feiertagen Sitzungen abzuhalten, um mit seinem Operate zu Ende zu kommen.
Es wurde hierauf die Verhandlung des Aladar Molnar'schen Gesetzentwurfes fortgesetzt, und zwar über Punkt 4 des §. 6, nach welchem nur ungarische Staatsbürger Kirchenbeamte und Vorsteher sein dürfen. Eine im Interesse der Jureliten und der Angehörigen der gr.-or. Kirche griechischer Nationalität beantragte Ausnahme wurde abgelehnt und der Text des Gesetzentwurfes angenommen.
Bei dem 5. Punkt, welcher folgendermaßen lautet: "Jede nicht registrierte Konfession ist verpflichtet, eine Kirchengemeinde-Vorstellung, und wenn sie aus mehreren Gemeinden besteht, eine höhere Vorrichtung zu organisiren, welche sie der Zivilbehörde gegenüber vertritt, und müssen wenigstens zwei Drittel der Mitglieder einer solchen Vorrichtung aus Weltlichen bestehen", beantragt Alexander Nikolics die Weglassung des letzten Passus, denn dies gehöre zum autonomen Organismus der Kirchen. Präsident Hazam an sieht in dieser Bestimmung die Wahrung der Rechte der Gläubigen. — Demeter Boncs kann sich in Zukunft keinen kirchlichen Organismus denken, in welchem die Weltlichen in Minorität wären, aber weil es doch geschehen kann, wünscht er die Letzteren zu sichern. — Aladar Molnar bittet, diesen Punkt unverändert aufzunehmen.
Michael Besan wünscht das zweite Alinea wegzulassen, weil dasselbe in den Kreis des autonomen Organismus einschlägt und in der Praxis auch nicht durchführbar sei; der Vorstand könne in gewissen Anlässen auch nicht aus Weltlichen bestehen. Redner würde es für zweckmäßiger halten, daß, wenn man schon die Rechte des weltlichen gegenüber dem geistlichen Elemente sichern wolle, die kirchliche Vertretung zu 2/3 aus Weltlichen bestehe. Der Vorstand möge dann so viel Mitglieder als man wünscht zählen, seien dieselben nun weltliche oder geistliche. Diese Ansicht wurde auch acceptirt. Die übrigen Punkte dieses Abschnittes, und zwar 6 bis 10, wurden, sphyllisch präzisirt, ebenfalls angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.
Budapest, 26. Januar. Die Regierung gedenkt — wie Kösterde erzählt — nach Beendigung der Budgetverhandlung und der Verhandlung über die Steuerentwürfe den Reichstag nicht aufzulösen, sondern noch früher mehrere kleinere, mit der Ordnung des Staatshaushaltes in Verbindung stehende Gesetzentwürfe erledigen zu lassen. Es sind dies namentlich die auf die Modifikation der Zivilprozessordnung, auf die Zuweisung kleinerer Uebertretungen an die Verwaltungsbehörden, auf die Reduktion der Gerichtshöfe bezüglichen Gesetzentwürfe; auch die Frage der Komitatsregulirung soll dem Vernehmen nach wieder ihr Haupt erheben.
Der rumänische Metropolit und Hermannstädter Erzbischof Roman Wiron ist hier angelangt, um an den Verhandlungen des Oberhauses theilzunehmen.
Wien, 25. Januar. Ein Telegramm aus Prag meldet, daß das Kohlenbahnwerk neuesten Systems der Staatsbahn bei Böhmisch-Brod niedergebrannt ist, der Vobrythum war in einer Viertelstunde vernichtet und beträgt der vorläufige Schaden 16,000 Gulden. Eine Betriebsstörung ist deshalb nicht zu befürchten.
A u s l a n d.
Kiel, 25. Januar. Einem Gerüchte zufolge ist Contredmiral Barisch als Chef des Geschwaders in den spanischen Gewässern bestimmt.
Paris, 24. Januar. La Presse und Moniteur behaupten, Boucher's Eintritt in das Cabinet werde nach der zweiten Lesung des Constitutions-Gesetzes erfolgen.
Paris, 25. Januar. Dem Moniteur zufolge ist die Möglichkeit der Neubildung des Cabinets seitens Mar Mahon's im Laufe dieser Woche vorhanden, um nicht nach Verwerfung der constitutionellen Gesetze ohne Regierung dazutreten. Ferner sagt der Moniteur, die spanische Regierung hätte den Wächtern die Thronbesteigung Don Alfonso's angezeigt. Die französische Regierung wird das Schreiben beantwortet, sich jedoch die definitive Anerkennung des spanischen Königthums bis nach Verständigung mit den Großmächten vorbehalten.
Stockholm, 25. Januar. Wegen der immensen Kälte von 36° Celsius wurde der Eisenbahnbetrieb eingestellt.
London, 24. Januar. Canonius Kingsley ist gestorben. — Prinz Leopold hatte keinen neuen Blutsturz, ist aber sehr schwach.

Local- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 28. Januar.
— (Uebungsmarsch.) Die hiesige Garnison ist gestern vor 8 Uhr Morgens zu einem Uebungsmarsch in der Richtung nach Großhau ausgerückt und mandirte daselbst gegen das von Delat kommende Bataillon. Um 11 Uhr Vormittags rückten die Truppenabtheilungen wieder hier ein.
— Wie wir hören, sollen einige einflußreiche und in weiteren Kreisen Ansehen genießende Mitglieder der Stadt-Communität gegen die Errichtung eines Zwangsarbeitshauses mancherlei Bedenken hegen. Wir unsererseits halten diese Bedenken für nicht begründet und sind überzeugt, daß die betreffenden Herren von ihren Strapeln gründlich würden geheilt werden, wenn sie an einem kalten Winterabend die Wasserwanne'schen Gehalten, darunter verwahrloste und arbeitsscheue junge Burken, beschützigen wollten, welche im Rathhause hausenweise erscheinen und das Ansehen stellen, man möge sie über Nacht einsperren, weil sie keinen andern Unterstand haben. Solche Leute müssen, da sie nicht einmal einige Kreuzer haben, um ein Nachtlager in der elendesten Spelunke bezahlen zu können, am nächst-n Tage wieder ihrem Geschäfte, das heißt: dem Müßiggange, Betteln, oder Stehlen nachgehen, um Abends wieder ein Nachtlager auf der Pritsche in einem Arrestlocale des Rathhauses zu erbeteln.
Man könnte aber den Vorschlag machen, daß derlei Menschen ihr Nachtlager durch Gastenkehren oder sonst wie abarbeiten sollen; das wäre aber ein Zwangsarbeitshaus-Surrogat, ähnlich einem aus Sand gedachten Stride; die Uebertretungsschöffen, die mit einem solchen Surrogate "im Freien" verbunden wären, könnten als rein erfolglos zum Fenster hinausgeworfen betrachtet werden, ohne die Errichtung des mit einem wirklichen Zwangsarbeitshauses angebotenen Zweckes auch nur annäherungsweise zu ermöglichen.
— (Musikvereinsball.) Die Karten für den am 30. d. M. stattfindenden Musikvereinsball werden Freitag den 29. und Samstag den 30. d. M. von 2—4 Uhr Nachmittags im Gewerbevereinsgebäude ausgegeben.

(Die Medaillen und Ehrendiplome) für die hiesigen Aussteller, welche sich an der Wiener Exposition 1873 theilgenommen, sind endlich angekommen. Es sollte die feierliche Vertheilung geschehen, um die Expedition der fehlenden angefordert, und inzwischen unterbleibt die Vertheilung. Merkwürdig, was das für eine Ordnung — oder besser Unordnung bei der Ausstellung selbst nach Jahren gibt.
— Die beste Gelegenheit zu zierlichen Voltigen ist unseren Damen beim Ueberschreiten des Kinnales vor dem Sonnenstein'schen Hause und dem Generalcomando-Gebäude geboten. Das erwähnte Kinnal hat zu verschiedenen Zeiten in Folge der starken Plasterung eine Breite, daß man darüber förmlich springen, im günstigsten Falle hüpfen muß.
— (Bei dem Passbureau) des Hermannstädter Magistrates wurden im abgelaufenen Jahre 1874 Passbüttelein aufgenommen, wie folgt: Januar 286, Februar 512, März 333, April 276, Mai 246, Juni 163, Juli 346, August 671, September 313, October 240, November 111, December 201 zusammen 3,700 Passbüttelein; — An Stempelbetrag erhielt das Finanz-Arcar für diese Reisedocumente 1008 fl. 30 kr.
— In der am 24. d. in Budapest abgehaltenen Konferenz der siebenbürgischen Abgeordneten brachte der Abgeordnete von Vizafna, Ladislav v. Korizmicz, die plötzliche Entstellung des Salzbraches in Vizafna zur Sprache. Diese Maßregel, durch welche die Vizafnaer Bevölkerung einen empfindlichen Verlust an Verdienst erleide, wurde von der Regierung veranlaßt, um den Salzbruch in Maros-Ujvar zu concentriren, trotzdem die Production in Maros-Ujvar bedeutend kostspieliger als in Vizafna sei. Er werde dem Finanzminister diesbezüglich eine Vorstellung machen und sollte dieselbe erfolglos sein, so werde er die Angelegenheit im Abgeordnetenhause vorbringen. Es wurde beschloffen, Deesafna und Parajd, dann der Staatsbergwerke in Thorda, einzubeziehen und überhaupt dahin zu wirken, daß im Hinblick auf den unvermeidlichen Nothstand der brodlos werdenden Arbeiter die Auflassungsmaßregel, falls sie im Interesse der Staatsfinanzen dringend geboten wäre, in einer gewissen Reihenfolge, nicht aber plötzlich durchgeführt werde.
— (Civil-Segen.) Graf Rakoczy richtete aus Anlaß seines Rücktrittes von dem Posten eines Oberkronrichters des Harom-föler Stuples an die genannte Jurisdiction ein Schreiben, in welchem er als schwebendes Haupt der Harom-föler Jurisdiction-Familie dem Gesamtpublicum des genannten Municipiums seinen väterlichen Segen erteilt.
— (Von der Straße in die Walahe.) Die fürstlich rumänische Regierung hat pro 1875 250,000 Francs angewiesen, damit vorläufig die schlimmsten Wegstreifen auf der Straße von Kinen bis Rinnal in fahrbaren Stand gesetzt werden. Die ganze Straße von der Grenze bis Rinnal soll in fünf Jahren zur perfecten Kunststraße werden. Es ist das eine Maßricht, welche sicherlich von unserem Gewerbe- und Handelsstand mit Genugthuung begrüßt wird; — so sind denn die einschlägigen Bemühungen nach dieser Richtung nicht ganz unsonst gewesen; — freilich eine Bahnverbindung wäre für uns und Rumänien das Bessere!
— („Beisee an einen Staatsmann") ist der Titel einer bei Ferdinand Lette in Budapest erschienen, 57 Seiten starken Flugchrift. Der anonyme Verfasser will ein alter Politiker sein, welcher schon in den Revolutions-Jahren mit den Führern in Berührung war und sich auch seit 1867 mit Politik befaßt. Die Briefe sind an den Grafen Melchior von Yonyay (man riecht schon den Braten!) gerichtet und das Motto der Flugchrift lautet: „Hi a haza." (Es ruft das Vaterland — selbstverständlich Yonyay wieder zum Cabinetschef.) Der Verfasser ist ein liberaler, Verehrer Deak's und Kossuth's (der Schlaumeier hat ein weites politisches Gewissen, dem Grafen Yonyay zu Liebe blinzelt er mit dem linken der äußersten Venen zu); er ist kein Freund des Grafen Andras, dessen Politik er wiederholt angreift; die staatsrechtliche Opposition mißbilligt er (wo bleibt die Vererbung Kossuth's?); Semny traut er nicht gänzlich absonnert!); den Austritt Horvath's und Gorove's aus dem Cabinet bedauert er (ob, die gutmüthige weiche Seele!) und weil er mit Ausnahme Ghygy's (ist doch ein gnädiger Herr!) den Sturz der jetzigen Regierung wünscht (der gute Mann glaubt, daß er da der Erste ist!), so erhofft er eine gedeihliche Lösung (sieht kommt der wahre Kren!) von der Vereinigung Yonyay's (na, so segnen!) mit den liberalen Staatsmännern der Dealpartei. Von den Neuwahlen hofft er, daß durch dieselben die fehlerhaften Parteistellungen beseitigt werden und das Parlament in ein liberales und ein conservatives Lager theilen werde. Die Broschüre zeichnet sich durch ihre deutschfeindliche äußere Politit aus; der Stil ist rhapsodisch und rappelköpfig.
— Das Motto der erwähnten Flugchrift erinnert uns an eine köstliche Episode aus der Revolutionszeit, als das Lied Petöfi's: „Talpra magyar, hi a haza" in den insurgirten Gauen Ungarns allenthalben erklang. Der altconservative Graf Franz Toldalagi in Koronta (bei Maros-Basarhely) hatte auf seinem Gute einen beschäftigungslosen Advokaten, welchem auch die schöne Aufgabe zufiel, durch seine Späße den kleinen Comtesseu Erheiterung zu verschaffen. Die bewegungsvolle Zeit war auch an dem Hofsparmacher nicht spurlos vorübergegangen; er fühlte die Würde seines Jobs erwachen, schnürte sein dünnes Bündel und wanderte, das erwähnte Petöfi'sche Lied pfeifend, durch den Park der anstoßenden Bukowinaer Straße zu. Die im Parke prominirende kleine bäosi? — Unser Bista ließ sich aber nicht rühren, antwortete: Taj, hi a haza! (Ade, Ade, es ruft das Vaterland!) und zog von so viel wissen wir aber, daß er in den fünfziger Jahren in Maros-Basarhely als nicht neugeprüfter Advokat in seinen Mahnbrieffen an die dicken sollten, den Klauen der Adler (a sasok körmei köze) überliefern, das heißt bei dem mit dem Doppelaar-Schild versehenen k. k. Gerichte hagen werde.
— Karlsburg, 25. Januar. (Advokatenkammer-Constituierung.) Gestern Vormittags 10 Uhr fand die Vorführung der Advokatenkammer-Constituierung im Sitzungssaale des hiesigen k. ung. Gerichtshofes statt.
Nachdem der Herr Gerichtspräsident Ferdinand Jöskmann die versammelten Advokaten begrüßt und ihnen den Saal zur Verfügung gestellt hatte, wurde durch Aclamation der Karlsburger Advokat Franz Fekete zum Alterspräsidenten und die Advokaten Emerich Hollaty und Borha Szpangels betragt 44, davon waren etwa 32 erschienen. Nach längeren Debatten wurde die geheime Abstimmung bei der Wahl der Beamten und Ausschüßmitglieder zum Beschluß erhoben. — Nachmittags fand die Fortsetzung der Sitzung statt. Die Versammlung war in zwei Parteien getheilt, die eine war für Capest, die andere für Rakoczy als Sitz des Kammer-Präsidentiums angenommen.
Beim Scrutinium ergaben sich einige Differenzen bezüglich der Stimmenabgabe, da zwei leere Stimmzettel sich vorfanden. Es wurde daher gegen die Gültigkeit der Wahl Einwand erhoben. Nach der Ansicht einiger hatten nur 21, nach der Aenderer aber 23 ihre Stimmen abgegeben. 21 Stimmen aber seien zu wenig, da 44 Advokaten im Sprengel vertreten sind. — Schließlich wurde die Wahl der Vertreter durch den

Alterspräsidenten enuncirt und zum rechtsgiltigen Beschluß erhoben. Herr Advokat Rajnai erhob Protest gegen die Wahl und verließ mit mehreren, seine Ansicht theilenden Mitgliedern den Saal.
Das Scrutinium ergab folgendes Resultat. Es wurden gewählt: zum Präsidenten: Valentin Medgyes (Enved); zum Vicepräsidenten: Max Fogatsnik (Karlsburg); zum Secretär: Nikolaus Pakei; zum Anwalt: Alexius Vajna v. Pava; zum Cassier: Julius Kapeza; zu ordentlichen Ausschüßmitgliedern: Nikolaus Biró, Karl Dane, Franz Fekete, Georg Lazar, Nikolaus Gaetan, Nikolaus Bernad, Emerich Hollaty, Samuel Borjos; zu Ersatzmännern: Nikol. Barb, Borha Sabbas, Gabriel Beres, Dr. Vazar Pello. — Der Alterspräsident Franz Fekete übergab hierauf den Vorjiz dem neugewählten Kammerpräsidenten Valentin Medgyes, der seinen Dank für das ihm geschenkte Vertrauen in kurzer Rede aussprach. Nach Authentisirung des Protokoll'es wurde die Sitzung um 4 1/2 Uhr geschlossen.
— (Druckfehler-Berichtigung.) In dem zweiten Artikel unseres gestrigen Blattes, erste Seite, soll das Datum heißen statt 22. 25. Januar. Der Fehler konnte nur in einem Theile unserer Auflage redressirt werden.
Aus dem Gerichtssaale.
Wien, 23. Januar. (Prozeß Ofenheim.) (Sechzehnter Verhandlungstag.) In der heutigen Sitzung wurde anfangs des erkrankten Sachverständigen Volze der Direktor der Südbahn, Pressel, zum Sachverständigen gewählt; der Gerichtshof beschloß ferner, die Maistre durch das Pester Stadtgericht einvernehmen zu lassen; er lehnt die Vernehmung Dr. Cluef's und Mises' ab und bewilligte hingegen die Vorladung Springman's; Baudirektor Ruppert leistete den Eid als Sachverständiger. Der Vorsitzende schreitet zum Verhöre Baron Petrino's, welcher bezüglich der Grundeinkommen ausfragt, daß er sich von bekannten Freunden, um das Zustandekommen der Bahn zu erleichtern, für den eventuellen Bahnbau Grundflächen zu 120 bis 200 fl. per Joch abtreten ließ, er überdies unter denselben Bedingungen die Grundflächen an Brassen überließ, wie er sie von seinen Freunden erhalte, er habe sich jedoch ausbedungen, daß er 50 Prozent des Gewinnes der Angeklagte erhalte, er sei in der Voruntersuchung über das Verhältniß zu Petrino eindringlich inquirirt worden und wurde ihm gesagt, daß er Petrino nicht zu schonen brauche, weil dieser ihn auch nicht schonete.
Der Präsident protestirt gegen solche Beschuldigungen und entzieht dem Angeklagten das Wort.
Zeuge Fürst Jablonowski sagt aus, daß der Bauvertrag ohne Drängen Ofenheim's vom Verwaltungsrathe genehmigt wurde; Ofenheim bezogte mit Zustimmung des Verwaltungsrathes die Grundeinkünfte für die Rechnung Brassey's; alle Schwellen waren von gutem Materiale; der Bauzustand war nach dessen Vollendung gut; die Interpellation im Abgeordnetenhause bezog sich, so viel Zeuge weiß, auf den Betrieb und nicht auf den Bauzustand; die Jahrbetriebsmittel waren vortrefflich. Er glaubt, die Fabrikanten hätten freiwillig einen dreizehnteligen Nachschuß angeboten und wurde dieser Ofenheim als Remuneration nachgelassen, daher eine Verrechnung nicht notwendig war.
Auf die Frage des Präsidenten, ob Ofenheim mächtigen Einfluß ausübe, erwiderte Zeuge, daß, wäre dies nicht der Fall gewesen, Ofenheim gekündigt worden wäre.
Auf die Frage des Verteidigers, ob nunmehr sein Vertrauen in Ofenheim erschüttert sei, antwortete Zeuge, daß sein Vertrauen in denselben ganz dasselbe sei, wie es gewesen.
„Die in unserem heutigen Blatte befindliche Gewinn-Mittheilung des Herrn Laz. Sami. Cohn in Hamburg ist ganz besonders zu beachten. Dieses Geschäft los bei ihm gewonnen, und hat dieses Haus schon früher bei ihm Belegungen 150,000, 156,000, oftmals 152,400, 150,000, 90,000, sehr häufig 80,000, 60,000, 48,000, 40,000, 36,000 Rm. u. c. c. ausbezahlt, wodurch viele Leute zu reichen Capitalisten geworden sind. Es sind nun wieder für einen kleinen Einfluß große Capitalien zu gewinnen bis zu ev. 375,000 Rm. Auch bezahlt dieses Haus durch seine weitverbreiteten Verbindungen die Gewinne in jedem Orte aus. Da eine große Beilegung zu erwarten ist, möge man sich vertrauensvoll an die Firma Laz. Sami. Cohn in Hamburg wenden, bei der man gewissenhaft und prompt bedient wird."
Wir machen auf das in unserer heutigen Nummer erscheinende Inserat „A. l. auschl. pr. orientalische Kopfschuppen-Kräuter-Geez" besonders aufmerksam, und entspricht dieses Präparat vollständig dem Zweck.
Telegramm
der
„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürgen Boten."
Budapest, 27. Januar. Heute begann im Abgeordnetenhause die Budgetdebatte. Finanzminister Koloman Ghygy entwickelte sein bekanntes Finanzprogramm, wonach vom Defizit durch neue Steuern 13 Millionen zu decken wären; hiedurch wären mit Zuhilfenahme des Anlehensrestes die Ausgaben bis 1877 gedeckt. Der Finanzminister legte sodann den Gesetzentwurf über die allgemeine Einkommensteuer mit ungefähr vierprocentigem Percentage vor.
Heute Donnerstag
28. Januar
im städtischen Redoutensalle
„Zum röm. Kaiser“
Nobel-
Masken-Ball.
Stadt, Musikapelle,
Anfang 8 Uhr.
Telegr. Wiener Cours vom 27. Januar 1875.
5% Metalliques 70.13
5% mit Rai- u. Novem.-Zinsen —
5% National-Anlehen (Silber) 75.60
1860er Staats-Anlehen 111.40
Bankaktien 960.—
Kreditaktien 221.75
London 111.—
Ungar. Grundbesitzungsobl. 78.40
Leibsch. 77.—
Siebenb. 75.70
Kroat.-Slav. 80.—
Silber 105.85
R. l. Wäuz-Dukaten 5.26 1/2
Napoleon'd'or 8.91



